

Niederschrift



Gremium: **45. Sitzung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses**

Sitzungsdatum: **Donnerstag, den 24.05.2012**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**

Beginn: 14:35 Uhr Ende: 17:47 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Hansjörg Durz	bis 17:33 Uhr
Ulrike Höfer	
Annegret Kirstein	bis 17:35 Uhr
Rudolf Lautenbacher	entschuldigt
Gerhard Mößner	ab 14:40 Uhr
Franz Neher	
Alfred Sartor	
Jürgen Schantin	von 14:50 Uhr - 17:40 Uhr
Joachim Schoner	bis 17:45 Uhr
Franz Settele	bis 17:41 Uhr
Stefan Steinbacher	
Robert Wittmann	

Vertreter:

Walter Aumann	Vertretung für Peter Baumeister (ab 14:45 Uhr)
Pius Kaiser	Vertretung für Henriette Kirst-Kopp

Verwaltung:

Sigrid Hausotter
Jürgen Lutz
Karl Rohrmoser

Weitere Anwesende:

Andreas Bergmann, Planungsgesellschaft Stadt-Land-Verkehr (zu TOP 2)
Günter Geistbeck, Geistbeck Consulting (zu TOP 8)
Peter Greggenhofer, ott Architekten (zu TOP 8)
Nicolas Liebig, Umweltstation (zu TOP 1)
Wolfgang Ott, ott Architekten (zu TOP 8)
Heinz Wimmer, Ingenieurbüro Wimmer (zu TOP 8)

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Klimaschutz
Umweltstation - Vorstellung und Bericht zu aktuellen Projekten
2. Klimaschutz
Vorstellung der vom Landkreis Augsburg und der Regionalen Energieagentur initiierten Projekte im Rahmen der Klimawoche
3. Gymnasium Diedorf;
Vorstellung der Ergebnisse aus der Verkehrsuntersuchung
Vorlage: 12/0105
4. Tiefbau
Kreisstraße A 16 - Zustimmung zum Bebauungsplan
"Nördlich der Ulrichstraße" - Einmündung nördlich Kleinaitingen
Vorlage: 12/0106
5. Verschiedenes
6. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Klimaschutz Umweltstation - Vorstellung und Bericht zu aktuellen Projekten
--------------	---

Herr Liebig stellt die Umweltstation und die derzeit laufenden Projekte anhand der beiliegenden Präsentation vor.

Landrat Sailer dankt Herrn Liebig für die Leistungen der Umweltstation im Rahmen der Umweltbildung sowie all denjenigen, die sich im Verein NANU! engagieren.

Kreisrat Mößner fragt nach, ob die Grundschulen auf die Umweltstation zukommen oder umgekehrt. **Herr Liebig** teilt mit, beides sei der Fall. Im Stadtgebiet Augsburg gebe ein sehr gutes Netzwerk, das sich mittlerweile auch in den Landkreis Augsburg hinaus ausbreite. Mittlerweile sei die Umweltstation bei vielen Lehrkräften bekannt. Daneben werde konkret Werbung dafür gemacht, dass bei der Umweltstation Veranstaltungen gebucht werden können. Die Zahlen sprächen für sich. Die Umweltstation werde immer stärker in Anspruch genommen.

Kreisrat Wittmann möchte wissen, ob von der Umweltstation auch außerschulisch Veranstaltungen durchgeführt werden. **Herr Liebig** erklärt, dass dies ebenfalls möglich ist. Der Preis für die Veranstaltungen liege bei 35 € pro Stunde, der dann auf die Teilnehmer umgelegt werde. Es könnten auch Veranstaltungen am Wochenende gebucht werden.

Kreisrat Neher meint, dass Herr Liebig die Umweltstation einmal bei einer Schulleiterkonferenz im Landkreis Augsburg präsentieren sollte, so dass eine Information der Schulleiter auf direktem Weg erfolgen kann. **Herr Liebig** berichtet, dass dies im Stadtgebiet Augsburg bereits durchgeführt wurde und sehr gut angekommen sei. Er sei gerne bereit, die Schulleiter im Landkreis Augsburg über die Umweltstation zu informieren.

Landrat Sailer erklärt, er werde dem Leiter des Staatlichen Schulamtes, Herrn Ostermeier, einen entsprechenden Hinweis geben.

Kreisrat Steinbacher und **Kreisrat Schoner** stellen fest, dass die 5.000 € für die Umweltstation gut angelegt sind.

Kreisrat Schoner weist außerdem darauf hin, dass das kommunale Energiemanagement der Stadt Augsburg schon einige erfolgreiche Projekte zusammen mit der Umweltstation gemacht hat. Die Umweltstation finanziere sich zu über zwei Dritteln über solche Projekte. Kreisrat Schoner regt an, Herrn Liebig auch einmal zu einer Bürgermeisterdienstbesprechung einzuladen.

TOP 2	Klimaschutz Vorstellung der vom Landkreis Augsburg und der Regionalen Energieagentur initiierten Projekte im Rahmen der Klimawoche
--------------	---

Frau Spöttle präsentiert die vom Landkreis Augsburg und der Regionalen Energieagentur initiierten Projekte im Rahmen der Klimawoche anhand der Anlage zu dieser Niederschrift.

Landrat Sailer lädt die Ausschussmitglieder zur Teilnahme an den diversen Veranstaltungen ein.

**TOP 3 Gymnasium Diedorf;
Vorstellung der Ergebnisse aus der Verkehrsuntersuchung
Vorlage: 12/0105**

Anlagen: Verkehrsgutachten

Sachverhalt:

Der Landkreis Augsburg plant den Neubau eines Vierzügigen Gymnasiums mit Dreifachsporthalle am Standort Diedorf. Die Planungsgesellschaft Stadt-Land-Verkehr GmbH wurde beauftragt im Rahmen eines Verkehrsgutachtens zu ermitteln, ob die vorhandene Erschließung für das zusätzliche Verkehrsaufkommen künftig ausreichend ist.

Der Standort für das in Planung befindliche Schulareal liegt in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof Diedorf. Die Schüler gelangen durch eine Bahnunterführung zur Dammstraße. Am Bahnhof befindet sich auch ein Busbahnhof. Es ist geplant den Schülerbusverkehr, zusätzlich zu dem bereits bestehenden öffentlichen Nah- und Fernverkehrslinien, auch über diesen Bushalteplatz abzuwickeln.

Darüber hinaus führt durch den Markt Diedorf die Bundesstraße B 300, die gerade in den Stoßzeiten ein erhebliches Verkehrsaufkommen aufweist. Es liegen seitens des Freistaates Bayern, vertreten durch das Staatliche Bauamt Augsburg, bereits Planungen für eine Ortsumfahrung vor. Eine Trasse verläuft nördlich der Bahnlinie.

Zur Ermittlung des Istzustandes hinsichtlich der Verkehrsbelastung wurden Verkehrszählungen an den Knotenpunkten durchgeführt. Die neugenerierte Verkehrsbelastung wird anhand einer Verkehrssimulation veranschaulicht. In der Beurteilung der Leistungsfähigkeit sollen insbesondere auch die Verkehrstechnischen Anlagen (z.B. Straßenausbau, Brückenausbauzustand, Tunnel, Unterführungen, Ampelanlagen) betrachtet werden. Ein potentiell Konfliktpotential soll durch das Gutachten identifiziert werden.

Das Ergebnis aus dem Verkehrsgutachten wird in der Sitzung von Herrn Bergmann von der Planungsgesellschaft Stadt-Land-Verkehr GmbH vorgestellt werden.

Herr Bergmann informiert den Ausschuss über die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung gemäß der beigefügten Präsentation.

Kreisrat Durz spricht den Anteil der Schüler an, die mit der Bahn kommen. Dieser erscheine ihm mit fast 50 % nach vollständiger Belegung des Gymnasiums relativ hoch. Das Schulzentrum Neusäß habe 3.500 Schüler. Am Bahnhof Neusäß gebe es aber täglich insgesamt nur 1.300 Fahrgäste.

Die Probleme am Bahnsteig Neusäß werde man auch in Diedorf bekommen. Man könne zwar von der Bahn eine Bahnsteigsicherung fordern. In Neusäß sei dies mit der Bahn schon oft besprochen, bislang aber von der Bahn nichts gemacht worden. Sollten tatsächlich so viele Schüler mit der Bahn kommen, dann wäre dies am Bahnsteig ein ständiges Problem, zumal dort eine Vielzahl von Zügen mit hoher Geschwindigkeit durchfahre. Es seien ständig gefährliche Situationen vorhanden, für die man eine Lösung brauche. Hierbei sei der Landkreis immer auf die Bahn angewiesen. Deshalb müsse rechtzeitig versucht werden, gemeinsam Lösungen zu finden.

Ebenfalls äußerst kritisch und problematisch sei der Zugang zum Tunnel zu sehen. Auch diese Situation sei aus Neusäß bekannt.

Ferner interessiert sich Kreisrat Durz dafür, wie auf der Schulseite die Abtrennung der Dammstraße aussehen soll. Auch wenn der Anteil der Schüler, die mit der Bahn kommen, relativ hoch sei, müsse man davon ausgehen, dass sehr viele Schüler mit dem Auto gebracht werden. Dies könnte aufgrund der beengten Verhältnisse etwas chaotisch werden. Des Weiteren möchte Kreisrat Durz wissen, wie dies alles mit der dort geplanten B 300 zusammenpasst.

Herr Bergmann erläutert, dass die Erschließung für den Kfz-Verkehr ausschließlich über den Mahdweg erfolgen und vor der Schule selbst ein verkehrsfreies Feld angelegt werden soll. Zur Anzahl der wartenden Schüler verweist Herr Bergmann auf die Zielplanung des Landkreises, dass die Schüler mit der Bahn anreisen sollen. Man sollte auf jeden Fall versuchen, diese gute Zielplanung zu erreichen. Es handle sich bei der Bahn um ein durchaus attraktives Angebot, zumal der Weg zur Schule nicht weit sei. Insofern hält Herr Bergmann die Zahl von 410 Schülern für realistisch.

Das von Herrn Durz angesprochenen Problem mit der Bahn sei wohl allen bekannt. Dieses Problem sei aber kein planerisches Problem, sondern müsse politisch gelöst werden. Die B 300 neu sei eine relativ teure Baumaßnahme. Bei den jetzt geplanten Maßnahmen handle es sich in erster Linie um Abgrabungen etc., also um kleinere Maßnahmen, die dann beim Bau der B 300 auch wieder verändert werden könnten. Hohe Kosten seien damit nicht verbunden. Nachfragen beim Staatlichen Bauamt hätten ergeben, dass zwar Vorentwurfspläne für die B 300 vorhanden seien, aber niemand wisse, wann die Straße umgesetzt werde.

Kreisrat Schoner betont, dass die Bahn eines der sichersten Verkehrsmittel darstellt. Es müsse das Ziel des Landkreises sein, so viele Schüler wie möglich auf die Bahn zu bekommen. Die vorhandenen Probleme müssten beseitigt werden. Hierfür habe man sehr gute Lösungsansätze aufgezeigt bekommen. Es sei wichtig, dass die politischen Entscheidungsträger zusammengeführt werden. Das mittelfristige Ziel des viergleisigen Ausbaus bis 2018 sei fast zu ambitioniert.

Von **Kreisrat Wittmann** werden die am Bahnhof mit 200 km/h durchfahrenden Züge angesprochen. Er wirft die Frage auf, warum es nicht möglich ist, die Geschwindigkeit innerhalb der Bahnhöfe zu drosseln. Der Windsog stelle bei so vielen wartenden Fahrgästen ansonsten ein Problem dar.

Landrat Sailer meint, man müsse sehen, was rechtlich zulässig sei. Es gebe vom Bundesgesetzgeber klare Vorgaben, was einzuhalten bzw. am Bahnsteig vorzuhalten sei, wenn Züge mit bestimmter Geschwindigkeit dort durchfahren. Dies habe Herr Bergmann in seinen Ausführungen dargelegt. Wenn die Abstandsflächen ausreichen, dann sei dies für die Bahn erledigt.

In der Zeit bis zum Bau der Schule müsse man sich nun den aufgeworfenen Fragen schrittweise nähern. Dies seien die Beampelung, die Tunneldurchfahrten und die Bahnsteigsicherheit. Es müsse mit den zuständigen Stellen Kontakt aufgenommen und geklärt werden, was dem Grunde nach machbar sei und wer hierfür die Verantwortung trage.

Was das Gutachten betreffe, so sei heute die allerwichtigste Aussage die gewesen, dass der Standort mit Schülerverkehren vernünftig erschlossen werden könne. Dass punktuell noch Nachbesserungen erfolgen müssen, sei klar. Nur so könne man die Schülerströme vernünftig und mit einem Höchstmaß an Sicherheit in die Schule und aus der Schule wieder heraus bringen. Dabei seien an manchen Stellen noch schwierige Diskussionen zu führen. Die Bahn sei bereits angesprochen worden. Diesbezüglich verweist Landrat Sailer auf die bereits seit Jahren geführten Diskussionen der Stadt Neusäß mit der Bahn. Dort habe man inzwischen ehrenamtliches Personal im Einsatz, das zu den Stoßzeiten am Bahnhof Neusäß dafür Sorge, dass möglichst nichts passiere. Auch dies müsste man in Diedorf in die Überlegungen mit einbeziehen.

Landrat Sailer regt an, eine der nächsten Sitzungen vor Ort abzuhalten, um einen besseren Eindruck von der Situation zu bekommen.

Kreisrat Steinbacher stellt fest, dass viele Detailpunkte, die bereits angesprochen wurden, abgearbeitet werden müssen. Das Gutachten sage auch aus, dass sich die derzeitigen Verkehrsströme nicht wesentlich ändern. Das Hauptproblem sei die relativ schwache Erschließung über die Bahnlinie. Darauf müsse die Schule im Moment aufgebaut werden. Es gebe eine Welt vor dem Neubau der B 300 und eine Welt danach. Es handle sich hierbei um zwei völlig unterschiedliche Erschließungen.

Was die Bahn anbelangt, so sieht Kreisrat Steinbacher Probleme auf den Landkreis zukommen, die aus seiner Sicht allerdings keine unlösbaren Probleme sind. Es müsste nun jedes Problem herausgearbeitet und versucht werden, Lösungsansätze zu finden. Der Landkreis verfolge das Ziel, einen Schulstandort zu realisieren, der überwiegend durch die Bahn erschlossen werde. Im Gutachten seien keine Ansätze enthalten, die dem Ganzen negativ gegenüberstehen würden.

Aus Sicht von **Kreisrat Neher** zeigt das Gutachten schonungslos die vorhandenen Schwachpunkte in Diedorf auf. Eigentlich hätte man das Gutachten für die Standortentscheidung „Diedorf oder Stadtbergen“ gebraucht. Kollege Schoner habe erklärt, die Bahn sei das sicherste Verkehrsmittel. Dies möge so sein. Jedoch gebe es in Deutschland mehrere Hundert tödliche Unfälle aufgrund schneller Zugdurchfahrten. Dies habe er leider in seiner eigenen Familie ertragen müssen, so Kreisrat Neher. Es handle sich um ein Sicherheitsrisiko, wenn auf einen Schlag 400 Schüler an den Bahnsteig kommen. Man dürfe dies nicht unterschätzen.

Die von Herrn Bergmann kurz-, mittel- und langfristig vorgeschlagenen Maßnahmen würden richtig viel kosten. Kreisrat Neher erklärt, er sei für die Bahn und wolle hier nicht missverstanden werden. Den Kreisräten sei jedoch blumig erklärt worden, dass der Bahnhof Diedorf der richtige Standort wäre. Nun stelle sich die Frage, wer für die Erschließung Sorge und welche Verantwortung dabei der Markt Diedorf, der Landkreis Augsburg und die Bahn übernehmen. Bei der Bahn sei fraglich, ob diese sich überhaupt bewegen werde. Der Markt Diedorf habe den Standort wunderbar dargestellt. Am Schluss würden die Kosten nun aber wohl beim Landkreis Augsburg hängen bleiben. Man könne zu den 31 Mio. € für den Schulbau gleich noch 20 Mio. € drauflegen, wenn man diese Maßnahmen umsetzen wolle. Kreisrat Neher ist daher der Ansicht, dass sämtliche Maßnahmen auch „geldlich“ hinterlegt werden müssen. Es gehe hier nicht nur um ein paar Abgrabungen, sondern um fundamentale Dinge.

Landrat Sailer möchte die Aussage so nicht unterstreichen. Die Standortentscheidung sei nicht aufgrund der Erschließung, sondern ganz bewusst aufgrund der vorhandenen Bahnanbindung getroffen worden. Für die verkehrliche Erschließung gebe es klare Zuständigkeiten, und zwar unabhängig davon, wo eine Schule gebaut werde. Auch der Markt Diedorf sei nicht dafür zuständig, irgendwelche Kabel der Bahn zu verlegen, um gewisse Bahnsteigbreiten zu bekommen. Heute habe man mehrfach gehört, dass der Standort für die zu erwartenden Schülerverkehre erschließbar sei. Der Standort werde noch besser erschließbar sein, je mehr Schüler der Landkreis über die Bahn dort hin bekomme. Die heute im Gutachten aufgeführten Punkte müsse man nun miteinander sowie mit den zuständigen Baulastträgern besprechen. Es sollte jetzt aber nicht so getan werden, als ob man eine falsche Standortentscheidung getroffen habe.

Kreisrat Aumann gibt zu verstehen, dass er heute keine Standortdiskussion führen möchte. Er sei von Anfang an für den Standort Diedorf gewesen, und zwar nicht nur wegen des Bahnanschlusses, sondern auch wegen der Nähe zu den noch mit einem Gymnasium zu erschließenden Landkreisgemeinden. Innerhalb kurzer Zeit habe sich herausgestellt, dass das Gymnasium Diedorf aus diesen Gemeinden heraus sehr gut angenommen werde. Die im Gutachten getroffenen Feststellungen seien sehr interessant, würden sich aber weitgehend mit dem decken, was man bereits gewusst habe. Dass dies Geld kosten werde, darüber brauche man nicht reden.

Als ein Kreisrat, der nicht an der Bahn lebt, verweist Kreisrat Aumann außerdem darauf, dass man diese Standortentscheidung auch für den Bereich Horgau/Zusmarshausen im Fokus hatte. Dies wirke sich in Diedorf auf die Busparkplätze aus. Die vorgesehenen Stellplätze müssten aber wohl ausreichend sein. Die vom Westen kommenden Schüler müssten bisher in Biburg umsteigen und dann mit dem Schulbus nach Diedorf fahren. Hier seien noch Verbesserungen erforderlich. Auch die Bahn werde noch Einiges tun müssen, um zu einer entsprechenden Vernetzung des Fahrplans zu kommen. Je besser dies funktioniere, umso mehr würden auch mitfahren. Man habe auch versucht, die Schüler von Zusmarshausen über Dinkelscherben zu lenken. Dies sei theoretisch möglich, im Moment aber noch nicht umsetzbar gewesen. Wenn der Transport an den Landkreisgrenzen nicht funktioniere, dann gingen die Schüler eben woanders hin. Der Landkreis habe seine Schule aber in erster Linie für seine Schüler gebaut, ob diese nun entlang der Bahn leben oder nicht. Dies dürfe man bei den weiteren Überlegungen nicht aus den Augen verlieren.

Kreisrat Sartor macht deutlich, dass es für die heutige Diskussion unbedeutend ist, wer für welchen Standort gestimmt hat. Ihn beschäftige allerdings, dass man jetzt über enorme Beträge spreche. Er betrachte den Landrat als Moderator zwischen Bahn, Bundesstraßenverwaltung und Markt Diedorf. Von den Kosten her könne er nicht erkennen, dass der Landkreis an einer Straße zu beteiligen wäre, für die es ein Kreuzungsgesetz gebe. Dies sei Sache des Verkehrsträgers Markt Diedorf. Kreisrat Sartor erinnert an die im Ausschuss geführte Diskussion darüber, wann ein Grundstück als erschlossenes Grundstück zu bewerten ist. Es sei nicht einsehbar, dass man jetzt im Nachhinein Millionen nachschiebe, um Unterführungen etc. zu bauen.

Landrat Sailer verweist auf seine vorher gemachte Aussage, wonach es klare Zuständigkeiten gibt. Für die Beampelung seien weder der Landkreis noch der Markt Diedorf, sondern das Straßenbauamt zuständig. Man müsse nun an einen Tisch kommen und Lösungsvorschläge erarbeiten, die anschließend wieder zusammen diskutiert werden.

Von **Kreisrat Mößner** wird die Frage aufgeworfen, ob es wirklich notwendig ist, dass Eltern oder Schüler mit ihrem Pkw auf die andere Seite fahren. Er vertritt die Auffassung, dass Energiepolitik irgendwann auch in die Verkehrspolitik eingebaut werden sollte.

Herr Bergmann meint, dass natürlich kein Schüler direkt dorthin fahren müsse. Man habe diese Parkplätze aber mit eingerechnet, weil man sich nicht den Vorwurf gefallen lassen wollte, dass dies völlig an der Realität vorbei gehe.

Kreisrat Mößner erklärt, der Landkreis baue eine Schule aus Holz mit Vollwärmeschutz. Zur Energiepolitik gehöre aber auch die von ihm angestellte Überlegung. Man müsse nachhaltig denken.

Kreisrat Neher stimmt der Aussage von Kreisrat Mößner zu. Früher sei es normal gewesen, zu Fuß zur Schule zu gehen. Die Erfahrung zeige, dass die Eltern ihre Kinder am liebsten mit dem Auto ins Klassenzimmer fahren würden. Dadurch seien die Kinder nicht mehr ausgelastet. Man bekomme diese Gewohnheiten aber nur schwer wieder aus den Köpfen heraus.

Kreisrat Durz vertritt grundsätzlich die Meinung, dass möglichst viele Schüler mit dem ÖPNV und vor allem mit dem Zug kommen sollten. Die Realität sei aber teilweise eine andere, wie soeben vom Kollegen Neher angesprochen. Man könne gerne Ziele formulieren, müsse dann aber sehen, dass diese in der Realität tatsächlich so eintreffen. Aufgrund der schnell durchfahrenden Züge an den Bahnsteigen hätten viele Eltern und Kinder Sorge. Es sei Fakt, dass deshalb weniger Kinder mit dem Zug fahren. In Neusäß kämpfe man seit vielen Jahren mit diesem Problem. Es seien Vertreter verschiedenster Parteien am Bahnsteig gewesen und hätten erklärt, dass man etwas machen werde. Passiert sei jedoch nichts. Die Lösung, die sowohl in Neusäß als auch in Diedorf weiterhelfen würde, sei im Gutachten aufgezeigt worden. Dies sei das dritte oder vierte Gleis. So könnten die durchfahrenden Züge in der Mitte fahren. Man müsse hieran weiterarbeiten.

Ergänzend dazu erklärt **Kreisrat Steinbacher**, dass man die Diskussion darüber führen muss, wie man das klar definierte Ziel erreichen kann, an der Stelle ein Schulzentrum zu platzieren. Man dürfe nicht die Diskussion darüber führen, wie man die Schule verhindern könne, weil die Zuführung der Schüler oder die Bahn ein Problem darstellen. Die vorhandenen Randprobleme seien alle lösbar. Letztendlich müsse der Landkreis nun mit seinen Zielen und Forderungen Druck aufbauen und Wege finden, um die beste Lösung zu bekommen. Dabei sollte man sich nicht allein auf den Punkt konzentrieren, wer dies bezahle.

Kreisrat Schantin stellt fest, es werde heute von Maßnahmen im Jahr 2018 gesprochen. Dies sei absolut unrealistisch, wenn man wisse, dass der Bundesverkehrswegeplan erst 2019 wieder fortgeschrieben werde und es erst dann um das dritte oder vierte Gleis gehen werde. Der Landkreis sollte bei realistischen Zielen bleiben. Er wolle nicht zusätzlich Öl ins Feuer gießen, schließe sich aber den Aussagen der Kollegen Neher und Sartor an, so Kreisrat Schantin. Man brauche sich jetzt nicht rechtfertigen, wer für welchen Standort abgestimmt habe. Er werde aber sehr genau darauf schauen, welche Kosten am Landkreis Augsburg hängen bleiben und auch seine persönliche Abstimmung davon abhängig machen.

Landrat Sailer erklärt, man werde jetzt mit den vorliegenden Ergebnissen weiter arbeiten und ein erstes Sondierungsgespräch mit den Baulastträgern inklusive der Bahn führen. Es sollte dann eine der nächsten Sitzungen vor Ort abgehalten und Interessierten dabei die Möglichkeit gegeben werden, beide Bahnhöfe sowie die Erschließungswege anzusehen, um einen Eindruck zu bekommen, wie dies künftig aussehen könnte.

TOP 4 Tiefbau
Kreisstraße A 16 - Zustimmung zum Bebauungsplan
"Nördlich der Ulrichstraße" - Einmündung nördlich Kleinaitingen
Vorlage: 12/0106

Anlagen: Bebauungsplanentwurf

Sachverhalt:

Die Gemeinde Kleinaitingen hat die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Nördlich der Ulrichstraße“ beschlossen. Der beiliegende Bebauungsplanentwurf wurde dem Landkreis Augsburg als Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB zur Stellungnahme zugeleitet.

Ziel der Planung ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Erweiterung der gewerblichen Nutzung im Norden von Kleinaitingen sowie die planungsrechtliche Sicherung der hierfür erforderlichen Erschließungsstrukturen. Zudem soll die bereits nördlich der Ulrichstraße und östlich der Kreisstraße A 16 vorhandene Mischnutzung städtebaulich geordnet werden. In diesem Zusammenhang werden die Flächen im Südwesten des Plangebietes als Mischgebiet und die restlichen Flächen als Gewerbegebiet festgesetzt.

Seitens der Tiefbauverwaltung bestehen keine Bedenken gegen die vorgesehene Entwurfsplanung. Im Bebauungsplanentwurf ist eine Einmündung der Erschließungsstraße auf die Kreisstraße A 16 außerhalb der Ortsdurchfahrt Kleinaitingen vorgesehen. Die Gemeinde Kleinaitingen hat nach dem Veranlassungsprinzip die Kosten für die Einmündung gemäß den Regelungen des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) zu tragen. Es sollte daher der Hinweis an die Gemeinde erfolgen, dass eine entsprechende Vereinbarung für den Bau und die Kostentragung abzuschließen ist. Der Bauentwurf ist dem Landkreis Augsburg zur Genehmigung vorzulegen.

Finanzielle Auswirkungen: <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr: <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 45%;"> <input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt. </div> <div style="width: 45%;"> <input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. </div> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 5px;"> € € </div>	
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/Herstellungskosten): <div style="text-align: right;">€</div>	Jährliche Folgekosten/Fogelasten: <input type="checkbox"/> keine <div style="text-align: right;">€</div>	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: <div style="text-align: right;">€</div>	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): <div style="text-align: right;">€</div>

Bemerkungen:

Nach Darstellung des Sachverhalts durch **Herrn Lutz** fasst der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss folgenden

Beschluss:

Der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Nördlich der Ulrichstraße“ durch die Gemeinde Kleinaitingen wird unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass die Gemeinde Kleinaitingen sich verpflichtet nach dem Veranlassungsprinzip die Kosten für die Einmündung nach den Regelungen des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) zu tragen und eine entsprechende Vereinbarung für den Bau und die Kostentragung abzuschließen. Der Bauentwurf ist dem Landkreis zur Zustimmung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0

TOP 5 **Verschiedenes**

- keine Vorlagen -

TOP 6 **Wünsche und Anfragen**

Kreisrat Schoner informiert über eine Wettbewerbsausschreibung für einen Preis für Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und soziale Integration bei Immobilien. Er habe sich die Preisträger der vergangenen Jahre im Internet angesehen. Der Landkreis könnte sich an diesem Wettbewerb mit der energetischen Sanierung des Gymnasiums Königsbrunn und der Realschule Meitingen beteiligen. Pro Objekt gebe es ein Preisgeld von 20.000 €. Kreisrat Schoner teilt mit, er könne die Unterlagen der Landkreisverwaltung zuleiten, falls hieran Interesse besteht.

Landrat Sailer greift diese Anregung gerne auf.

Als weiteren Punkt spricht **Kreisrat Schoner** die Darstellung des Sachstands zu den Energiewerken in der letzten Kreistagssitzung an. Das Gebilde stehe inzwischen. Für ihn wäre jetzt daher die inhaltliche Diskussion interessant. Aus seiner Sicht wäre es notwendig, einen Arbeitskreis mit Vertretern aus jeder Fraktion zu gründen, um hierüber ausführlich diskutieren zu können.

Landrat Sailer berichtet, dass die Verträge mit der Regierung von Schwaben nochmals abgestimmt wurden und in dieser Woche an die Gemeinden gehen, damit diese noch eventuelle Änderungswünsche einbringen können. Parallel dazu werde in diesen Tagen ein Maßnahmenkatalog fertiggestellt und ebenfalls den Gemeinden zur Ergänzung aus deren Sicht zur Verfügung gestellt. Bis zur Sommerpause solle die Abstimmung mit den Gemeinden erfolgt sein. Anschließend werde hierüber zunächst im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss beraten.

45. Sitzung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses 24.05.2012